

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
(20. Ausschuß)**

**zum Antrag der Abgeordneten Ursula Burchardt, Josef Vosen, Brigitte Adler,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2817 —**

Forschung und technologische Entwicklung für eine zukunftsverträgliche Abfallwirtschaft

A. Problem

Forschungs- und Technologiepolitik ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft. Die Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung sollte verstärkt an den Zielsetzungen einer ökologischen Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden.

B. Lösung

Beibehaltung der bisherigen marktwirtschaftlich orientierten Politik zur Entwicklung einer umweltverträglichen Kreislauf- und Abfallwirtschaft.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Abgeordneten Ursula Burchardt, Josef Vosen, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD — Drucksache 12/2817 — abzulehnen.

Bonn, den 20. Oktober 1992

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung**Wolf-Michael Catenhusen**

Vorsitzender

Trudi Schmidt (Spiesen)

Berichterstatterin

Ursula Burchardt

Berichterstatterin

Dr. Christoph Schnittler

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Trudi Schmidt (Spiesen), Ursula Burchardt und Dr. Christoph Schnittler

1. Überweisung

Den Antrag der Abgeordneten Ursula Burchardt, Josef Vosen, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD — Drucksache 12/2817 — hat der Deutsche Bundestag in seiner 115. Sitzung am 29. Oktober 1992 dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

2. Zum Inhalt des Antrags

Unter Hinweis auf die gegenwärtige Form von Produktion, Verteilung und Verbrauch mit ihrer Verschwendung natürlicher Ressourcen, existenzbedrohender Umweltschäden und wachsender Müllberge fordern die Antragsteller eine Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung, die die Entwicklung einer umweltschonenden Kreislauf- und Abfallwirtschaft ermöglichen soll. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, bei dem die Forschungs- und Technologiepolitik an den Anforderungen einer zukunftsverträglichen Stoffkreislauf- und Abfallwirtschaft ausgerichtet wird. Es wird gefordert, daß alle zukünftigen Forschungsprogramme bestimmten ökologischen Kriterien genügen sollten. Vor allem sollen umwelt- und ressourcenschonende Produktionsverfahren sowie umweltfreundliche und risikoarme Abfallbehandlungs- und Abfallablagerungstechniken gefördert werden. Ebenso soll bei allen Forschungsvorhaben darauf geachtet werden, daß die Entwicklung umweltverträglicher und recyclingfähiger Werkstoffe und Produkte unterstützt wird, um nicht mit den Forschungsförderungsmitteln von heute die Umweltprobleme von übermorgen zu erzeugen.

3. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 22. September 1993 beraten und mehrheitlich abgelehnt.

4. Beratung im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner Sitzung am 20. Oktober 1993 beraten. Mitglieder der antragstellenden Fraktion begründeten die Notwendigkeit, die bundesstaatliche Forschungsförderung verstärkt ökologisch auszurichten, um eine zukunftsverträgliche Stoffkreislauf- und Abfallwirtschaft zu entwickeln.

Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wiesen darauf hin, daß die Bundesregierung bereits bedeutsame und wirksame Maßnahmen ergriffen habe, um die Entwicklung einer umweltfreundlichen Kreislauf- und Abfallwirtschaft zu fördern. Sie nannten das novellierte Abfallgesetz, das Förderkonzept Abfallwirtschaft und das in der Erarbeitung befindliche Umweltforschungs- und -technologiestrategie-Konzept des Bundesministers für Forschung und Technologie. Der Bundesminister für Forschung und Technologie fördere nur Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die auch umweltverträglich seien. Die bereits bestehende ökologische Orientierung der Forschungspolitik der Bundesregierung werde im Antrag der Fraktion der SPD nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Dieser Antrag sei ein Angriff auf die Prinzipien der Wirtschafts- und Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und stelle eine Fehleinschätzung der bisherigen Leistungen der Bundesregierung im Bereich der Abfallwirtschaftspolitik dar. Es sei die Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer umweltfreundlichen Kreislauf- und Abfallwirtschaft zu setzen. Hingegen sei es nicht die Aufgabe des Staates, diese Wirtschaftsform auch zu entwickeln. Nach dem Verursacherprinzip sei dies vor allem die Aufgabe der Wirtschaft selbst. Ein staatlicher Dirigismus, wie ihn der Antrag der Fraktion der SPD anstrebe, werde abgelehnt.

Der Ausschuß lehnt deshalb den Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und der Sprecherin der Gruppe der PDS/Linke Liste ab.

Bonn, den 20. Oktober 1993

Trudi Schmidt (Spiesen)
Berichterstatlerin

Ursula Burchardt
Berichterstatlerin

Dr. Christoph Schnittler
Berichterstatler

